

Republik. Mit den in der Direktive fixierten Hauptaufgaben des Fünfjahresplanes 1971 bis 1975 werden wir eine weitere wichtige Etappe bei der Festigung der materiell-technischen Basis des Sozialismus in der DDR meistern und unsere Arbeiter-und-Bauern-Macht stärker, unangreifbar machen.

Die
Hauptaufgabe
entspricht den
Interessen aller
Werkstätigen

Die in der Direktive formulierte Hauptaufgabe stimmt überein mit der Politik und den Zielen unserer Partei und den ureigensten Interessen aller Werkstätigen der DDR. Sie entspricht den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus und den objektiven politischen und ökonomischen Erfordernissen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung unserer Republik. Sie schließt ein die weitere Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration und Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Wissenschaftskraft der Sowjetunion und den anderen Ländern des sozialistischen Lagers.

Der Entwurf der Direktive beweist: Wir halten einen festen Kurs zur weiteren planmäßigen, proportionalen Entwicklung unserer Volkswirtschaft, so wie das bereits auf dem 14. Plenum des Zentralkomitees ausgesprochen und begründet wurde. Wir entwickeln unsere Wirtschaft auf einer soliden, realen Basis, eingedenk der unumstößlichen Wahrheit, daß wir in unserer sich immer stärker und erfolgreicher entwickelnden Volkswirtschaft nur das ausgeben können, was wir durch höhere Produktivität und Effektivität erwirtschaften.

Wenn wir von einem realen Plan sprechen, von einem Plan, der unseren Möglichkeiten, aber auch den Erfordernissen entspricht, so soll niemand glauben, daß damit für „weiche Pläne“, für einen bequemen, geruhsam abzuschreitenden Weg plädiert wird. Im Gegenteil: Der Kampf um die Steigerung des Nationaleinkommens von 108 Milliarden im Jahre 1970 auf etwa 138 Milliarden im Jahre 1975, die vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Industrie um 35 bis 37 Prozent innerhalb von fünf Jahren und die Erreichung der anderen in der Direktive gestellten ökonomischen Ziele erfordern große Anstrengungen der Werkstätigen und eine hohe Aktivität der Parteiorganisationen.

Allein für die Leistungen und Zuwendungen aus den gesellschaftlichen Fonds für die Bevölkerung nennt die Direktive eine Summe von 140 bis 150 Milliarden, die im Zeitraum des Fünfjahresplanes zur Verfügung stehen soll, und zwar für die weitere Entwicklung des Bildungswesens, des kulturellen Lebens, des Sports und der Erholung, des Gesundheits- und Sozialwesens. Aus gesellschaftlichen Fonds werden ferner erhebliche Mittel für die Aufrechterhaltung stabiler Verbraucherpreise für Grundnahrungsmittel, Personenbeförderung und für die Wohnungswirtschaft fließen. Ohne die Aufwendungen der Betriebe und Institutionen für kulturelle und soziale Maßnahmen, für die Aus- und Weiterbildung der Werkstätigen werden die Zuwendungen und Leistungen, die unser Staat aus den gesellschaftlichen Fonds zur Verfügung stellt, im Jahre 1975 für eine vierköpfige Familie etwa 480 Mark monatlich erreichen.

Um die Wohnverhältnisse vor allem der Arbeiterklasse in den industriellen Zentren fühlbar zu verbessern, ist laut Direktive vorgesehen, im Fünfjahresplanzeitraum 500 000 Wohnungen zu schaffen. Die vielfach geübte Kritik der Werkstätigen beachtend, fordert die Direktive vom Bauwesen, in den neuen Wohngebieten gleichzeitig mit den Wohnungen die Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen und Versorgungseinrichtungen zu errichten und sich damit von dem leidigen Begriff „Nachfolgeeinrichtungen“ endgültig zu trennen.

Die Direktive weist aus, daß die Bevölkerung mit einer durchschnittlich jährlich um vier Prozent wachsenden Geldeinnahme rechnen kann. Darum ist es notwendig, auch die Produktion von Konsumgütern erheblich, auf 121 bis 123 Prozent, zu steigern und den Handel auf die Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung einzustellen.